

„Pakt von Rom“ für die ganze Welt

Italiens Gesundheitsminister prescht mit Aufruf für eine globale Impfkampagne vor / Von Matthias Rüb, Rom

Die Zusammenkunft markierte einen „stratosphärischen Augenblick für Italien“, die „Augen der Welt“ seien auf Rom gerichtet. So sprach am Sonntagmittag, erkennbar ergriffen, der italienische Gesundheitsminister Roberto Speranza. Er meinte das zweitägige Treffen mit seinen Amtskollegen aus der G-20-Gruppe der maßgeblichen Wirtschaftsnationen, das er in den Kapitولينischen Museen in Rom eröffnete. Aus Berlin war Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) angereist. Der konnte sich in Rom erholen von den Verbalangriffen der heimischen Impfgegner, über die er zuletzt geklagt hatte. Das Treffen fand in hybrider Form statt. Einige Minister, unter ihnen Spahns amerikanischer Amtskollege Xavier Becerra, waren persönlich angereist, andere ließen sich per Video zuschalten.

Die Perspektive von Gastgeber Speranza mochte nicht ganz übereinstimmen mit der Außensicht auf die Ressorttagung einer informellen Staatengruppe. Doch Italien hat in diesem Jahr den Vorsitz der G 20, und das Treffen von Gesundheitsministern mag in Zeiten der Pandemie tatsächlich fast so wichtig sein wie der Gipfel der Staats- und Regierungschefs, der Ende Oktober ebenfalls in Rom stattfinden wird.

Die zentralen Themen der Tagung waren der aktuelle Kampf gegen das Coronavirus sowie eine global koordinierte Strategie zur Abwehr künftiger Pandemien. Speranza hatte schon im Vorfeld des Treffens einen „Pakt von Rom“ erarbeitet lassen, mit welchem sich die Teilnehmer zu nichts weniger als zur „Impfung aller Menschen auf der Welt“ verpflichten sollten. Dies sei ein ambitioniertes, aber erreichbares Ziel, sagte Speranza. „Die reichsten und stärksten Länder sollen sich die Entwicklung einer Impfkampagne für alle Nationen zur Aufgabe machen. Denn niemand rettet sich allein. Und die Impfung ist die Waffe, die uns zur Verfügung steht.“

Um die Impfung aller Erdenbewohner mit einer ersten Dosis zu erreichen, seien zunächst weitere sechs Milliarden Impfdosen erforderlich, heißt es in Speranzas Entwurf. Der soll nach seiner Vorstellung an diesem Montag verabschiedet werden. Der Impfglobalismus sei nicht nur ein Gebot der humanitären Hilfe und der Gerechtigkeit gegenüber den Entwicklungs- und Schwellenländern, bekräftigte Speranza, sondern liege im ureigenen Interesse der reichen und entwickelten Staaten. Denn selbst wenn diese ihre Gesellschaften fast vollständig durchimpfen, könnte das in Afrika und Asien weiter zirkulierende Virus neue gefährliche Mutanten entwickeln, die dann



Wollen vermehrt auch in Entwicklungsländern impfen: Jens Spahn und Roberto Speranza (r.) am Sonntag in Rom Foto EPA

auch zur Gefahr für die wohlhabenden Weltregionen würden. Noch am Sonntag kündigte Jens Spahn in Rom an, Deutschland werde bis Jahresende 100 Millionen Dosen für die internationale Impfkampagne zur Verfügung stellen.

Während am ersten Tag des Treffens über konkrete Schritte im Kampf gegen Covid-19 gerungen wurde, soll es an diesem Montag um grundsätzlichere Fragen gehen. Wie kann sich die Welt auf das vermutlich immer häufigere Überspringen von Krankheitserregern von Tieren auf Menschen wappnen? Wie können Tätigkeiten im Gesundheitsbereich attraktiver gemacht werden? Wie können wissenschaftliche Erkenntnisse sowie der Zugang zu Impfstoffen und Medikamenten besser und gerechter zwischen entwickelten Staaten und Entwicklungsländern verteilt werden? Die Regierung in Rom unter Ministerpräsident Mario Draghi scheint eine Antwort auf die Frage gefunden zu haben, was zu tun ist, wenn es nicht an Impfstoff mangelt, sondern an der Impfbereitschaft. Als erstes Land Europas erwägt Italien die Einführung

ein allgemeinen Corona-Impfpflicht, hatten Draghi und Speranza am Donnerstag bestätigt. Voraussetzung sei jedoch, dass die europäische wie die italienische Arzneimittelagentur den bisher verwendeten Impfstoffen die allgemeine Zulassung statt wie bisher nur die Notfallzulassung erteilt.

Im März hatte Rom als Ziel ausgegeben, bis Ende September 80 Prozent der Bevölkerung über zwölf Jahre vollständig zu impfen. Am Sonntag lag der Wert bei 72,3 Prozent. Zwar ist Pandemie-Sonderkommissar Francesco Figliuolo weiterhin überzeugt, die Zielmarke bis Monatsende zu erreichen. Doch allein die Ankündigung Draghis, eine allgemeine Impfpflicht zu erwägen, hat für erhebliche Spannungen in dessen breiter Regierungskoalition geführt. Die rechtsnationale Lega des früheren Innenministers Matteo Salvini ist gegen den Impfwang. Die Sozialdemokraten und andere Linksparteien in der Koalition sind dafür.

Schon seit Mai gilt in Italien die Impfpflicht für das Personal im Gesundheitswesen. Zu Beginn des Schuljahres und

des Wintersemesters hätte diese nach dem Willen Draghis und Speranzas auch im Bildungswesen eingeführt werden sollen. Wegen des Widerstands von Gewerkschaften sowie von rechten Parteien gilt dort aber vorerst „nur“ die Pflicht zum sogenannten Green Pass. Mit diesem lässt sich die Impfung mit mindestens einer Dosis, die Genesung von einer Covid-19-Erkrankung oder ein negativer Test in den zurückliegenden 48 Stunden nachweisen.

Der Green Pass muss seit August in den Innenräumen von Restaurants, bei Kultur- und Sportveranstaltungen sowie in Museen, seit Anfang September zudem in Fernzügen, Überlandbussen und Flugzeugen vorgezeigt werden. Die Ausweitung der Green-Pass-Pflicht auf weitere Arbeits- und Lebensbereiche haben Draghi und Speranza schon angekündigt. Proteste gegen den „grünen Pass“ hat es bisher nur wenige gegeben. Etwa acht von zehn Italienern finden gemäß jüngsten Umfragen den Green Pass gut. Genauso viele Befragte äußern ihre Zustimmung zu einer allgemeinen Impfpflicht.

„Es liegt noch viel Arbeit vor uns“

Merkel und Laschet besuchen von der Flut besonders betroffene Orte in Nordrhein-Westfalen

reb. HAGEN. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat am Sonntag abermals eine von der verheerenden Juli-Flut besonders betroffene Region besucht. Gemeinsam mit Unionskanzlerkandidat Armin Laschet traf Merkel zunächst in Schalksmühle im Sauerland die Kameraden zweier in Altena und Werdohl beim Hochwassereinsatz ums Leben gekommener Feuerwehrleute. Im Nordwesten des Sauerlands hatte die Hochwasserkatastrophe Altena besonders schwer getroffen. Nach Erdbeben und Überschwemmungen war die Kleinstadt zunächst so gut wie von der Außenwelt abgeschnitten. Nach Einschätzung der Altenaer Stadtverwaltung entstanden allein an der kommunalen Infrastruktur Schäden in Höhe von rund 60 Millionen Euro.

In Hagen, am Rand des Ruhrgebiets, informierte sich Merkel über den Stand der Aufräum- und Wiederaufbauarbeiten. Die Kanzlerin ließ sich eine Brücke zeigen, die dank beschleunigter Planung, Vergabeerleichterungen des Landes und der Nutzung von Fertigteilen nur gut sieben Wochen nach der Hochwasserkatastrophe weitgehend fertiggestellt werden konnte. Danach nahmen die Kanzlerin und der nordrhein-westfälische Ministerpräsident in Hagen an einer Kommunalkonferenz für Oberbürgermeister, Landräte und Verwaltungsfachleute aus den betroffenen Flutregionen teil.

„Es liegt noch viel Arbeit vor uns“, sagte Merkel anschließend. Ihr gehe es auch um ein Signal, „dass sich solche Besuche

auch von einer kommenden Bundesregierung wiederholen müssen“. Der Wiederaufbau werde lange dauern, das werde mit jedem Tag klarer. Bund, Land und Kommunen müssten „in einer Linie arbeiten“. Die Kanzlerin bot den Kommunen an, ihnen Personal aus Bundesbehörden in Bonn zur Verfügung zu stellen, um Engpässe zu vermeiden. „Ich habe die Verantwortlichen vor Ort ermuntert, dies uns schnell mitzuteilen, damit sich nicht erst Frustration anstaut“, sagte die Kanzlerin.

Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident würdigte, dass Bundestag und Bundesrat in dieser Woche den Fluthilfefonds in Höhe von 30 Milliarden Euro verabschieden wollen. Dass dies in so kurzer Zeit nach der Katastrophe gelinge, sei eine große Leistung, sagte Laschet. Bei der Bewältigung der Flutfolgen handle es sich um eine gesamtgesellschaftliche nationale Aufgabe. „Der Zusammenhalt in unserem Land ist größer, als viele es beschreiben.“

Laschet erinnerte daran, dass die Katastrophe auch viele Betriebe schwer getroffen hat. Allein in der Region Südwestfalen seien es 2000 Firmen mit einer Schadenssumme von 1,4 Milliarden Euro. Es gelte, diesen Unternehmen und ihren Mitarbeitern „jetzt schnell eine Perspektive zu geben“, damit es nicht zu Betriebsverlagerungen komme.

Bei der Flut Mitte Juli waren in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen mehr als 180 Menschen ums Leben gekommen. Es entstand ein Sachschaden in zweistelliger Milliardenhöhe.



Wollen Frustration vorbeugen: Merkel und Laschet in Schalksmühle Foto dpa

Wenn nur das Zuhause vor Corona schützt

Tobias S. versteht nicht, dass Gesunde eine Impfung ablehnen. Er lebt mit einem Spenderherz und hat vorerst keine Wahl.

Von Anna-Lena Ripperger

Tobias S. ist nicht gegen Corona geimpft. Nicht weil er nicht will, sondern weil er nicht kann. Vor zehn Monaten wurde ihm ein Herz transplantiert. Nach einem so schweren Eingriff raten Mediziner zunächst von jeder Impfung ab, im Fall von S. sogar für zwölf Monate. Das Risiko, dass sein Immunsystem zu heftig reagiert und das neue Organ abstößt, ist zu groß. Weil er sich noch nicht durch eine Impfung vor Covid-19 schützen kann, schottet sich S. von der Außenwelt ab – und hofft darauf, dass möglichst viele Gesunde den Aufrufen zum Impfen folgen. „Bei den sogenannten ‚Querdenkern‘ wird man die wenigsten umstimmen können“, sagt S. am

Telefon. Seit seiner Operation ist das die Form von Kommunikation, bei der er sich am wohlsten fühlt, weil er vor Infektionen geschützt ist. „Aber die Zweifler, die für sich selbst Risiken sehen, lassen sich vielleicht überzeugen.“

Um jene, die noch zögern, wirbt die Politik, mit Anreizen und mit Druck. Die derzeitige Impfquote – etwa 61 Prozent der Bevölkerung sind vollständig geimpft – reiche angesichts der gefährlicheren Delta-Variante des Virus nicht aus, um eine Überlastung des Gesundheitssystems im Herbst und Winter zu verhindern, mahnte zuletzt Bundesgesundheitsminister Jens Spahn. Die Inzidenz sei unter den Ungeimpften mehr als zehnfach so hoch wie unter den Geimpften. Der Virologe Christian Drosten von der Berliner Charité rechnet sogar damit, dass in den kommenden Monaten wieder Kontaktbeschränkungen nötig sein werden, wenn die Impfquote nicht deutlich steigt.

„Wenn Corona auch in diesem Herbst mit Wucht wiederkommt, habe ich schon Bedenken, wie das wird“, sagt Tobias S. Er ist 48 Jahre alt und lebt in einer kleinen Stadt in Baden-Württemberg. 2018 wurde bei ihm eine seltene Erkrankung festgestellt: eine arrhythmogene rechtsventrikuläre Kardiomyopathie (ARVC). Das Muskelgewebe der Herzkammerwände wird dabei nach und nach durch Bindegewebe ersetzt. Meist ist wie bei S. die rechte Kammer betroffen, in

manchen Fällen aber auch die linke. „Das sieht im Endstadium aus wie das Fettgewebe bei einem rohen, küchenfertigen Hähnchen“, sagt S. Die Veränderungen verursachen Herzrhythmusstörungen, die zum plötzlichen Herzstopp führen können.

Tobias S. wurde an einem Sommertag vor drei Jahren klar, wie krank er war. Schon morgens auf dem Weg zur Arbeit fühlte er sich nicht gut. Am Nachmittag stellte sein Hausarzt lebensbedrohliche Herzrhythmusstörungen fest, einen Blutdruckabfall und einen Puls von 197. S. kam ins Diakoniekrankenhaus nach Schwäbisch Hall. Nach einer Woche hatte er die Diagnose: ARVC. In Deutschland erkrankt im Schnitt etwa einer von fünftausend Menschen daran. Die Ursache ist meist genetisch bedingt, und die Erkrankung ist an Nachkommen vererbbar. S. wurde ein Defibrillator eingesetzt, der die Rhythmusstörungen durch einen elektrischen Schlag unterbrechen sollte. Doch der „Defi“ musste zu oft eingreifen. Nach dem sechsten Mal war klar: Einen weiteren Schock würde S. wohl nicht überleben. Während die Corona-Neuinfektionen in Deutschland im Oktober 2020 zum zweiten Mal stark anstiegen, wurde ihm ein Spenderherz transplantiert.

Seine Ärzte gehören seitdem zu den wenigen direkten Kontakten, die S. hat. Sein Leben spielt sich vor allem im Haus seines Vaters ab. Nach vier Wochen Krankenhaus und vier Wochen Reha zog er An-

fang des Jahres dort ein – und mit ihm strenge Corona-Regeln. Damit beide das Haus möglichst selten verlassen müssen, kauft eine Frau aus dem Ort für sie ein. Einmal pro Woche besorgt der Vater, was noch fehlt. Aber nur zu Zeiten, zu denen in den Geschäften wenig los und die Gefahr, sich anzustecken, klein ist.

Ausgehen, Freunde treffen, Reisen, all das ist für beide seit Monaten nicht mehr möglich, unabhängig von den jeweils geltenden Corona-Regeln. Nicht einmal die in der Pandemie boomenden Essenslieferdienste konnten sie nutzen. Seit der Transplantation muss Tobias S. sich keimreduziert ernähren und deshalb selbst kochen. Wenn er von seinem Alltag erzählt, klingt er ruhig und aufgeräumt. Er surft im Internet, lese, sehe fern, erledige, was im Haushalt anfallt, oder ruhe sich im Garten aus. Einmal am Tag geht er zum Spazieren nach draußen. „In der Natur kann ich frei denken“, sagt er. Weil er auf dem Land lebt, trifft er dabei so gut wie niemanden. Das sei eigentlich auch gut so. „Ich habe schon Angst, mich anzustecken.“ Die Nachrichten rund um das Thema Corona verfolgt S. genau, manchmal auch mit Unverständnis oder Enttäuschung. Darüber, dass Menschen trotz Warnungen vor der drohenden Ansteckungsgefahr in Hochrisikogebieten Urlaub machen. Oder darüber, dass sich manche Gesunde nicht zu einer Impfung durchringen können. Dass es in der öffent-

lichen Debatte oft um Impfverweigerer oder die Rechte von Geimpften gehe, sei schade, sagt er. Er wünscht sich, dass auch Personen gehört werden, die ungeimpft sind, aber keine Impfgegner, Personen wie er.

Das Robert Koch-Institut (RKI) geht allerdings davon aus, dass es nur „sehr wenige Gründe“ gibt, warum sich Personen dauerhaft oder vorübergehend nicht gegen Covid-19 impfen lassen können. Genaue Zahlen zu nicht impfbaren Personen gibt es bislang nicht. Zu ihnen werden die etwa neun Millionen Kinder unter zwölf Jahren gezählt, für die es noch keinen zugelassenen Impfstoff gibt, und Schwangere, für die noch keine Empfehlung der Ständigen Impfkommission (STIKO) vorliegt. Bei Allergien gegen Bestandteile eines bestimmten Corona-Impfstoffs kann laut RKI in der Regel auf ein anderes Vakzin ausgewichen werden. Viele andere Personengruppen könnten zwar geimpft werden, die Impfung sei bei ihnen aber möglicherweise weniger wirksam. Diese Einschränkung betrifft Menschen mit geschwächter Immunabwehr wie etwa Krebspatienten oder Organtransplantierte. Bei ihnen müssen die behandelnden Ärzte die Vor- und Nachteile einer Corona-Impfung genau abwägen. Da immungeschwächte Personen aber ein besonders hohes Risiko für schwere Covid-19-Verläufe haben, „wird hier in der Regel besonders zu einer Impfung geraten“, heißt es vom RKI.

Tobias S. kennt die Zahlen zur Wirksamkeit der Corona-Impfung bei Organtransplantierten. „Es macht einen traurig, zu sehen, dass sie bei Menschen, die seit zwei oder drei Jahren transplantiert sind, nur bei null bis 30 Prozent liegt“, sagt er. „Das ist halt wenig.“ Und wahrscheinlich nicht genug, um im Alltag auf weitreichende Schutzmaßnahmen zu verzichten. Die Hoffnungen ruhen auf der positiven Wirkung von Drittimpfungen, die erste Studien nahelegen.

Im Fall von Tobias S. ist bisher aber nicht einmal sicher, dass nach Ablauf der ihm empfohlenen Frist von zwölf Monaten eine erste Impfung gegen Covid-19 möglich ist. Denn das hängt von seinen Blutwerten ab. Seit der Transplantation muss er sogenannte Immunsuppressiva nehmen. Die Medikamente sollen verhindern, dass sein Körper das neue Herz abstößt, aber sie schwächen auch seine Abwehrkräfte. Ihre Dosierung muss immer exakt auf seinen körperlichen Zustand abgestimmt werden. Und sie haben zum Teil sehr starke Nebenwirkungen. „Ich habe nicht jeden Tag dieselbe Power“, sagt Tobias S. „Aber man muss sich halt zurückkämpfen.“ Bis er sich selbst impfen lassen kann, wird er weiter sehr zurückgezogen leben. Er habe schon so viel durchgestanden, sagt er. „Und ich will weiterleben. Deshalb muss ich diesen Schutz einhalten.“

STIMMEN DER ANDEREN

Eine „rote Welle“ erfasst Ostdeutschland

Zu den Umfragewerten der SPD schreibt die italienische Zeitung La Repubblica aus Rom:

„Es gibt eine Kettenreaktion durch das Scholz-Comeback: Die rote Welle“ steckt gerade auch den ehemaligen Osten Deutschlands an – und das nicht nur weil die SPD zwei charismatische Figuren wie Manuela Schwesig für die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern und Franziska Giffey als Bürgermeisterkandidatin für Berlin gewählt hat. In Anbetracht der Parlamentswahl am 26. September scheinen die Sozialdemokraten überall zu wachsen, auch in den traditionellen Hochburgen der rechtspopulistischen AfD. Unterdessen kursiert in Berlin für die Zeit nach Merkel, angeführt von Scholz, schon eine Liste möglicher Minister einer Ampelkoalition aus SPD, Grünen und der liberalen FDP. An einer möglichen Allianz mit den Grünen zweifeln wenige.“

Es fällt schwer, sich von Mutti zu lösen

The Sunday Times aus London kommentiert den deutschen Wahlkampf so:

„Dies ist ein Land, in dem die CDU früher mit dem Slogan ‚Keine Experimente‘ Wahlkampf gemacht hat. Deutschland hat im letzten Jahrhundert mehr als genug Melodramen erlebt. Die meiste Zeit ihrer Amtsführung vermittelte Merkel ihren Anhängern ein Gefühl der Sicherheit. Das Gefühl, sich in den Händen eines Systems zu befinden, das so zuverlässig ist wie ein Auto von BMW oder ein Wäschetrockner von Bosch. Sie machen sich keine Gedanken darüber, wie oder warum es funktioniert. Es interessiert sie nur, dass es funktioniert. In der Endphase der Merkel-Jahre scheint diese Art der Geschäftsführung ausgedient zu haben. Der Wahlkampf für die Bundestagswahl in diesem Monat – ein Dreikampf zwischen CDU/CSU, SPD und Grünen – ist im Grunde ein Kampf um Mer-

kels Nachfolge. Keine der drei Parteien hat eine Politik vorgelegt, die ernsthaft von ihren Leitlinien abweicht. Die Grünen behaupten, sie werde heimlich für ihre Partei stimmen. Und Olaf Scholz, der Finanzminister und SPD-Vorsitzende, hat sich mit zur Merkel-Raute geformten Händen fotografieren lassen. Noch fällt es schwer, sich von Mutti zu lösen. Doch der Wandel wird kommen.“

Ungewisse Konturen der Zeit nach Merkel

Auch der Londoner Guardian befasst sich mit der bevorstehenden Bundestagswahl: „Hätte Angela Merkel kandidiert, würde sie mit großer Wahrscheinlichkeit gewinnen. Nach 16 Jahren im Amt ist das ein Kompliment für ihre politischen Fähigkeiten und ihren konsensorientierten Regierungsstil. Aber da Deutschland vor großen Herausforderungen steht, wie der Erfüllung einiger der ehrgeizigsten Kli-

matische der Welt und dem Umgang mit einer schnell alternen Bevölkerung, wird sich eine neue Generation von Führungskräften in neuen Zeiten profilieren müssen. Wie sich eine künftige Koalition zusammensetzen wird, lässt sich kaum vorhersagen, so unsicher ist das Rennen, in dem die Führung bereits dreimal gewechselt hat. Die wirtschaftsliberale FDP könnte – zum Beispiel – nach dem 26. September zum Königsmacher werden und die Bekenntnisse der Mitte-links-Parteien zu höheren Steuern, mehr Staatsausgaben und grünen Investitionen aushebeln. Drei Wochen vor dem Wahltag schauen die Deutschen in die Zukunft ihres Landes nach der Ära Merkel, doch sie erkennen nur ungewisse Konturen.“

Die EU soll mit Flüchtlingen erpresst werden

Die niederländische Zeitung De Telegraaf kommentiert die Lage an der Grenze Polens zu Belarus:

„Die EU ist mit einer neuen Form der Erpressungspolitik konfrontiert. Die Waffe: Migranten. Zu Tausenden werden sie illegal über die Grenze gejagt, um so Druck auszuüben. Wie kann Brüssel dem Einhalt gebieten? Die Migrationspolitik ist die Achillesferse der EU. Angesichts des zu erwartenden Flüchtlingsstroms aus Afghanistan herrscht jetzt wieder Panik. Regimes, die mit einem Mitgliedstaat oder der gesamten Union ein Hühnchen zu rufen haben, nutzen dies in letzter Zeit aus. Der belarussische Machthaber Alexander Lukaschenko geht dabei am weitesten. Der Despot hat Tausende Migranten aus dem Irak unter Vorspiegelung falscher Tatsachen nach Belarus gelockt, um ihnen dann den Weg nach Polen, Lettland und Litauen zu weisen. So versucht er, der EU wegen der Verhängung von neuen Sanktionen zu schaden und Nachbarländer für die Unterstützung von geflüchteten Oppositionellen zu bestrafen. Die Folge ist ein Chaos an der Grenze.“